

Steinbach beleidigt Polens Nationalhelden

Kanzlerin Merkel distanziert sich von CDU-Politikerin

Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach (CDU) hat mit abfälligen Äußerungen über einen polnischen Regierungsvertreter erneut für Verärgerung gesorgt. In der ARD sagte Steinbach am Donnerstag über Wladyslaw Bartoszewski, den Deutschlandbeauftragten der polnischen Regierung: „Bartoszewski hat einen schlechten Charakter, das sage ich ohne Wenn und Aber.“ Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) zeigte sich empört. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) distanzierte sich von der Bemerkung. „Ich schätze Herrn Bartoszewski sehr als Persönlichkeit“, sagte Merkel in Brüssel. Bartoszewski habe viel für das deutsch-polnische Verhältnis getan.

Steinbach, die derzeit noch Mitglied im Bundesvorstand der CDU ist, wird für ihre Partei immer mehr zu einer Belastung. Vergangene Woche hatte sie mit Äußerungen über den Beginn des Zweiten Weltkriegs eine Welle der Empörung losgetreten. Zudem beklagte Steinbach den Verlust konservativer Werte in ihrer Partei und räumte einer neuen Gruppierung rechts der Union gute Chancen ein. Unions-Fraktionschef Volker Kauder und die CDU-Vorsitzende Merkel beharrten dessen ungeachtet darauf, dass Steinbach als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Fraktionsspitze bleibt.

Mit dem Angriff auf Bartoszewski dürfte sich die Kritik an Steinbach noch verschärfen. Der 88-Jährige, der einst im Konzentrationslager Auschwitz interniert war und gegen die deutschen Besatzer im Untergrund kämpfte, hat in Polen den Rang einer nationalen Autorität. Westerwelle nannte Bartoszewski „eine sehr ehrenwerte Persönlichkeit“ mit einer großen Lebensleistung für die deutsch-polnische Aussöhnung. Das Verhältnis zum Nachbarland sei der Bundesregierung nicht nur aus historischen Gründen ganz besonders wertvoll, so der FDP-Politiker.

Steinbach begründete ihre abfälligen Bemerkungen mit persönlichen Erfahrungen. So habe sie Bartoszewski vor Jahren herzliche Briefe geschrieben, auf die sie allerdings nie eine Antwort erhalten habe. Hingegen habe es von ihm Reaktionen öffentlicher Art gegeben. Daraus lasse sich einiges schließen, sagte Steinbach.

SPD-Fraktionsvize Gernot Erler forderte, Merkel müsse dafür sorgen, dass Steinbach das deutsch-polnische Verhältnis nicht weiter vergifte. Wer einem Menschen mit einer Lebensleistung wie Bartoszewski den Respekt verweigere, disqualifiziere sich. Auch aus Sicht der Grünen hat die Vertriebenenchefin eine Grenze überschritten. „Für uns ist sie nicht tragbar“, sagte der Vorsitzende Cem Özdemir. „Ich nehme sie nicht ernst und ich sage allen meinen polnischen Freunden: Ignoriert das, lest nichts, was die Frau sagt.“

REUTERS, FTD



Frankreichs Präsident **Nicolas Sarkozy** (l.) und Rumäniens Präsident **Traian Basescu** (r.) kamen sich am Donnerstag auf dem EU-Gipfel besonders nahe. Ihr Diskussions-thema ist nicht bekannt. Ob es um Frankreichs umstrittene Roma-Politik ging, kann nur spekuliert werden

Höhenkrankheit

PETER EHRLICH

Angela Merkel war schon im Frühjahr skeptisch, ob die Staats- und Regierungschefs sich nicht überfordern. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hatte vorgeschlagen, man solle sich nun monatlich treffen. Van Rompuy wollte zeigen, dass er den erstmals besetzten Job des Ratspräsidenten ernst nimmt.

Inzwischen klagt nicht nur Merkel über Überlastung. Den Gipfel vom gestrigen Donnerstag nicht einmal mitgerechnet, muss sie bis zur Weihnachtspause 20 Tage auf Gipfeln verbringen. Zweimal EU, dazu OECD, Nato, G20 und Asem. Zu Hause, heißt es in Merkels Umgebung, habe man ja auch einiges zu tun.

Wenn schon Gipfel, sollten die wenigstens gut vorbereitet sein. Aber da hapert es beim ersten Treffen des zweiten Halbjahres kräftig. Zum offiziellen Schwerpunkt des Treffens, der Außenpolitik, gab es bis vergangene Woche überhaupt kein Papier. Dann wurde eine Ausarbeitung zu den Beziehungen mit China vorgelegt. Aber nicht etwa von der Außenbeauftragten von Kommission und Rat, Catherine Ashton, sondern vom deutschen Bundesaußenminister Guido Westerwelle. Es ging um China und die Bedingungen, unter denen die EU den Chinesen weitere Marktzugänge öffnet.

Westerwelle war nach dem EU-Gipfel daher ebenso wie seine Chefin Merkel mit dem Ergebnis in Sachen China hochzufrieden – die wesentlichen Punkte waren übernommen worden. Bevor China den sogenannten Marktwirtschaftsstatus zugebilligt bekommt, soll es für

Die Zahl der europäischen Gipfel nimmt überhand. Besserung ist aber nicht in Sicht – allein bis Weihnachten muss Kanzlerin Angela Merkel 20 Tage zu Spitzentreffen ausrücken. Die Regierungschefs sind genervt

die Einhaltung der Urheberrechte sorgen und ein Abkommen über die Exportfinanzierung unterschreiben.

Unzufrieden aber war man mit Ashtons Rolle. Ratspräsident Herman Van Rompuy, dem das Gegrummel in den Hauptstädten nicht verborgen geblieben war, sprach denn auch schon zu Beginn des Gipfels Klartext: „Wir brauchen eine bessere Abstimmung zwischen dem Europäischen Rat und dem Außenministerrat bei der Vorbereitung.“ Dann ging er die am Donnerstag von den Pumps bis zur

Jacke in Lila erschienene Baroness direkt an: „Sie sollten den Rat in den nächsten Wochen und Monaten mit detaillierten Ausarbeitungen über die Beziehungen zu unseren Partnern versorgen.“

Ashton hat wegen der Verzögerungen beim Aufbau des neuen Auswärtigen Dienstes immer noch keinen festen Mitarbeiterstab. Im Ratssekretariat heißt es aber auch, sie sei nicht fleißig genug. „Lazy Ashton“ heißt eine Spitzname für die Lady, die Faule also.

Das dann trotzdem von allen routinemäßig gelobte Abschlussdokument enthält daher reichlich Ankündigungen, was alles beim nächsten Gipfel Ende Oktober besprochen werden soll. Nötig sei ein „integrierter Ansatz“ der Außenpolitik, auch solle nach Synergien zwischen der Arbeit des Auswärtigen Dienstes und der der Mitgliedsstaaten gesucht werden.

Auch wenn es beim nächsten Mal damit schon wieder um Außenpolitik geht, werden die Außenminister dann nicht dabei sein. Dass sie am Tisch der Chefs sitzen dürfen, ist seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages die Ausnahme. Westerwelle war die Freude, wieder in Brüssel neben der Kanzlerin zu sitzen, anzumerken.

Allerdings hat er seit seinem letzten Auftritt mit Merkel im Ratgebäude kurz nach seinem Amtsantritt gelernt: Er gibt nicht mehr zu jeder Frage ungefragt noch eine Antwort nach der Kanzlerin. Konstruktiv war auch die Rolle der Außenminister insgesamt: Während sich die Chefs über die Roma stritten, verfassten die Minister eine Erklärung zu Pakistan und vereinbarten, der Wirtschaft des Landes mit Handelserleichterungen zu helfen.

ANZEIGE



Vorbildlich: eine Krankenversicherung mit eingebauter Altersvorsorge.

Die private Krankenversicherung macht es vor: Sie trifft Vorsorge für die im Alter steigenden Gesundheitskosten ihrer Versicherten. Ein verlässliches Polster, das alle Finanzkrisen unbeschadet überstanden hat und auch in Zukunft eine optimale medizinische Versorgung sichert. Ganz ohne staatliche Zuschüsse. So schon die private Krankenversicherung auch alle Steuerzahler. www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

Schweden will nicht mehr sozialdemokratisch sein

Liberal-konservativer Ministerpräsident steht vor Wiederwahl · Islamfeindliche Rechtspopulisten könnten erstmals ins Parlament einziehen

VON CLEMENS BOMSDORF, STOCKHOLM, UND ELMAR JUNG, HELSINGBORG

In Kista ist die Welt noch in Ordnung. Der Stockholmer Vorort ist bekannt für seine vielen IT-Unternehmen, Schweden und Einwanderer wohnen hier friedlich miteinander. „Ich werde sozialdemokratisch stimmen. Höhere Wohlfahrtsleistungen sind wichtiger als Steuererhöhungen“, sagt eine junge Mutter und schiebt ihren Kinderwagen in die U-Bahn Richtung Innenstadt.

Solche Aussagen waren bis vor Kurzem noch typisch für die Schweden. Sie wünschten sich einen starken Staat. Der durfte auch etwas kosten. Doch nun laufen den ehemals so starken Sozialdemokraten die Wähler in Scharen davon. Sie bevorzugen die amtierende konservativ-liberale Regierung unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt – oder die rechtspopulisti-

schen Schwedendemokraten. Deshalb sieht alles danach aus, als würde bei der Parlamentswahl am Sonntag erstmals ein bürgerlicher Regierungschef im Amt bestätigt. Der amtierenden Koalition wird derzeit ein Stimmenanteil von rund 50 Prozent vorhergesagt.

Der Premier ist beliebt, vielen ist seine offene und unkomplizierte Art sympathisch. Zudem sind die schwedischen Wähler heute mehr auf den eigenen Vorteil bedacht als auf Solidarität. Besonders mit Steuererhöhungen für die breite Masse hat Reinfeldt punkten können. Ganz ohne sozialdemokratische Verpackung kommt jedoch auch er nicht aus: Seine Partei, die Moderaten, hat er im Geiste Tony Blairs in Neue Moderaten umbenannt, auf Wahlplakaten firmiert die Gruppierung als Arbeiterpartei.

Doch auch Reinfeldts Bilanz stimmt. „Die Politik der Regierung

kann Erfolge vorweisen, wenn es darum geht, die Beschäftigung zu erhöhen“, sagt Lars Calmfors, Wirtschaftsprofessor an der Universität Stockholm. Die Reformen der Bürgerlichen seien mit Schröders Agenda 2010 zu vergleichen: „Das Arbeitslosengeld wurde gesenkt, und langfristig Krankengeschriebene erhalten weniger Unterstützung als zuvor. Gleichzeitig sind die Steuern auf Arbeit niedriger als früher“, sagt Calmfors. Die steuerliche Absetzbarkeit von Dienstleistungen im Haushalt habe ebenfalls geholfen, die Beschäftigung zu erhöhen. In der Finanzkrise ist die Arbeitslosenquote allerdings gestiegen und liegt aktuell bei acht Prozent.

Auch was Wirtschaft und Staatsfinanzen angeht, ist Schweden europäischer Musterknabe. Die SEB Bank rechnet für das laufende Jahr mit einem Wachstum von satten 4,7 Prozent. Bei den Staatsschulden

Schwedendemokraten

Populismus Islamfeindlichkeit und eine Gegnerschaft zur Europäischen Union dominieren Programm und Rhetorik der Schwedendemokraten. Ihre Wurzeln liegen in rechtsextremen Kreisen. Diese Verbindungen haben sie zumindest offiziell gekappt, um neue Wählerschichten zu erschließen. Auf öffentlichen Veranstaltungen vermeiden Parteivertreter rassistische Äußerungen.

Rückenwind Umfragen sagen der Partei derzeit einen Stimmenanteil von bis zu 7,5 Prozent voraus. Die würden reichen, um die in Schweden geltende Vierprozenthürde zu nehmen und zum ersten Mal in der Geschichte der Partei in den Reichstag einzuziehen.

sieht es ähnlich positiv aus: Lagen sie Mitte der 90er bei 80 Prozent des BIPs, waren es Ende vergangenen Jahres nur noch 39 Prozent. Bis 2012 soll die Verschuldung laut SEB auf knapp unter 32 Prozent fallen.

Die einzige Gefahr für Reinfeldt geht derzeit von den Schwedendemokraten aus. Seine Allianz könnte die absolute Mehrheit verfehlen, sollten die Rechtspopulisten den Einzug ins Parlament schaffen. Sie sind auch in Schweden im Aufwind, weil Politiker es versäumt haben, die Integration ausreichend zu fördern. Den Rechten ist es gelungen, Arbeitslosigkeit und steigende Kriminalität den Einwanderern, vor allem den Muslimen unter ihnen, in die Schuhe zu schieben. Da Reinfeldt sich von den Schwedendemokraten nicht abhängig machen möchte, müsste er eine Unterstützerpartei aus dem linken Block lösen – oder Neuwahlen riskieren.

USA wollen zügig neue Grenzen in Nahost

Die USA dringen darauf, innerhalb von drei Monaten neue Grenzen zwischen Israel und Palästina auszuhandeln. Das berichteten gestern verschiedene israelische und arabische Medien zum Abschluss der zweiten Verhandlungsrunde in Jerusalem und Ramallah. Israel soll nach dem Willen Washingtons für diese Zeit den Baustopp in den jüdischen Siedlungen verlängern. Auf diese Weise hofft Washington, den Streit zwischen Israel und den Palästinensern, der die gerade begonnenen Friedensgespräche zu sprengen droht, beilegen zu können. Öffentliche Reaktionen der Konfliktparteien gab es dazu gestern noch nicht. Doch US-Vermittler George Mitchell sagte zur Überraschung aller Beobachter, die Verhandlungen liefen besser als angenommen. US-Außenministerin Hillary Clinton setzt Israel und die Palästinenser zudem weiter unter Druck. Die USA seien „sehr entschlossen zu Fortschritten in Richtung einer Friedensvereinbarung durch direkte Verhandlungen“, sagte sie. FTD

Mine tötet zehn Türken in Kleinbus

Bei der Explosion einer Sprengfalle sind in den türkischen Kurdengebieten zehn Menschen in einem vollbesetzten Kleinbus getötet worden. Weitere Passagiere, darunter ein Baby, seien bei dem Vorfall am Donnerstag verletzt worden, berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu. Die Behörden der südöstlichen Provinz Hakkari machten die verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) für die Tat verantwortlich. Die PKK bestritt umgehend jede Beteiligung. Einheiten der türkischen Armee suchten zu nächst erfolglos nach den Tätern. Fernsehsender zeigten Trümmer des von der Explosion zerfetzten Fahrzeuges. Der Wagen war in der Nähe des Dorfes Gecitli auf den Sprengsatz gefahren. Die PKK setzt Minen meist gegen Patrouillen der türkischen Armee ein. Hakkari gehört zu jenen Provinzen, in denen sich die PKK immer wieder Kämpfe mit der Armee liefert. Im Kurdenkonflikt in der Türkei sind in den vergangenen 25 Jahren mehr als 42 000 Menschen getötet worden. Die PKK wird auch von der EU und den USA als terroristische Organisation eingestuft. DPA

Präsidentenamt entfernt Kaczynski-Gedenkkreuz

Polens Führung hat nach monatelangem Streit das Holzkreuz zum Gedenken an den tödlich verunglückten Präsidenten Lech Kaczynski entfernen lassen. Das Kreuz sei in die Kapelle des Präsidentenpalasts verlegt worden, teilte der Leiter der Präsidialkanzlei, Jacek Michalowski, am Donnerstag in Warschau mit. Das Kreuz soll später in die nahe gelegene Annakirche gebracht werden. Polens Regierungschef Donald Tusk lobte die Aktion als „gute und erwartete Entscheidung“. Auch die katholische Kirche signalisierte Zustimmung. Pfadfinder hatten das Kreuz zum Zeichen der Trauer aufgestellt, kurz nachdem der damalige polnische Präsident Lech Kaczynski am 10. April bei einem Flugzeugabsturz in Russland gestorben war. Der Zwillingbruder des Toten, Jaroslaw Kaczynski, und seine Anhänger hatten den Ort für Demonstrationen gegen den Anfang Juli gewählten liberal-konservativen Präsidenten Bronislaw Komorowski genutzt. DPA

Ehemalige Führer der Roten Khmer angeklagt

Vier ehemalige Führer des Rote-Khmer-Regimes in Kambodscha sind am Donnerstag angeklagt worden. Nuon Chea, Ieng Sary, Ieng Thirith und Khieu Samphan sollen sich nach Gerichtsangaben wegen Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor dem internationalen Tribunal in der Hauptstadt Phnom Penh verantworten. Der Prozess soll im nächsten Jahr beginnen. Der Chefideologe Nuon Chea war berüchtigt als „Bruder Nummer zwei“ hinter Regimechef Pol Pot. Ieng Sary war Außenminister, Ieng Thirith, seine Frau, Sozialministerin. Khieu Samphan war damals Staatschef. Keiner der Angeklagten ist jünger als 78. Während ihrer Herrschaft zwischen 1975 und 1979 folterten und ermordeten die Roten Khmer Zehntausende Kambodschaner. Insgesamt kamen unter ihrer Schreckensherrschaft zwei Millionen Menschen um. DPA